

EUROPÄISCHES PARLAMENT

1999



2004

Sitzungsdokument

8. April 2002

B5-0198/2002

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

im Anschluss an die Erklärungen des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, des Rates und der Kommission

gemäß Artikel 37 Absatz 2 der Geschäftsordnung

von Caniel Cohn-Bendit, Monica Frassoni, Nelly Maes, Pierre Jonckheer, Joost Lagendijk, Danielle Auroi und Lukas Van der Taelen

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

zur Lage im Nahen Osten

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Lage im Nahen Osten

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zum Nahen Osten, insbesondere die Entschließung vom 7. Februar 2002, und die Entschließung zum Europäischen Rat von Barcelona vom 20. März 2002,
 - unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung der EU-Außenminister in Luxemburg vom 3. April 2002,
 - unter Hinweis auf die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates 242 und 338,
- A. tief besorgt über die Eskalation des Konflikts im Nahen Osten, der sich zu einen offenen Krieg entwickelt hat, unter dem vor allem die unbewaffnete Zivilbevölkerung schrecklich zu leiden hat,
- B. tief betroffen über die steigende Zahl unschuldiger Todesopfer auf beiden Seiten, die einer hoffnungslosen und endlosen Spirale der Gewalt zum Opfer gefallen sind,
- C. unter Hervorhebung der Unverhältnismäßigkeit der sich gegenüberstehenden Truppen, sowie unter Hinweis auf die massive und brutale Offensive der israelischen Streitkräfte in den besetzten Gebieten und die wahllose materielle und politische Zerstörung der Autonomie der Palästinenser und ihrer demokratisch gewählten Führung,
- D. tief betroffen angesichts der Tatsache, dass die israelischen Streitkräfte massiv gegen humanitäre Übereinkünfte verstoßen, insbesondere durch ihr Eindringen in Flüchtlingslager, die Misshandlung von Gefangenen und den Beschuss von medizinischen und humanitären Helfern und Fahrzeugen,
- E. in der Erwägung, dass die angespannte internationale Lage glaubwürdige, ausgewogene und verantwortungsbewusste Maßnahmen erfordert, um den Terrorismus in all seinen Erscheinungsformen zu bekämpfen, deren Ausgangspunkt eine überarbeitete Strategie für die Krise im Nahen Osten sein muss, wenn die Voraussetzungen für den Dialog und die Wiederaufnahme der Verhandlungen entsprechend den Verträgen von Oslo geschaffen werden sollen,
- F. unter Hinweis auf die Erklärungen von US-Präsident Bush zugunsten eines palästinensischen Staates, die Erwartungen hinsichtlich einer starken und entschlossenen internationalen Initiative in diesem Gebiet geweckt haben,
- G. unter Hinweis auf den Beschluss Ägyptens, seine diplomatischen Beziehungen zu Israel einzuschränken, und unter Hinweis auf die massiven Demonstrationen in den arabischen Ländern gegen die Besetzung eines Großteils des Westjordanlands und des Gaza-Streifens durch die Israelis,

- H. tief besorgt über die Zusammenstöße an der Grenze zum Libanon zwischen Guerilla-Truppen, die Mörsergranaten abfeuern, und israelischen Truppen die Kampfbomber und Artillerie einsetzen, sowie mit der Befürchtung, dass diese Gefechte auf die gesamte Region übergreifen könnten,
- I. mit der Betonung, dass es Sicherheit ohne Frieden nicht geben kann und dass militärische Aktionen ohne eine politische Perspektive die Situation nur verschlimmern,
- J. unter Hinweis darauf, dass der Kampf gegen der Terrorismus ohne eine konkrete Strategie zur Bekämpfung seiner Wurzeln zum Scheitern verurteilt ist,
- K. tief betroffen über die jüngste Welle antisemitischer Gewalt in einigen europäischen Ländern,
 - 1. verurteilt mit Nachdruck die massive Besetzung der der palästinensischen Nationalbehörde unterstehenden Gebiete durch die israelische Armee und die Sicherheitskräfte, und fordert die israelische Regierung auf, ihre Truppen umgehend abzuziehen, die anhaltende Blockade der besetzten Gebiete zu beenden und die massenhaften Festnahmen, die Besetzung und Zerstörung palästinensischer Gebäude und Häuser und alle Behinderungen von Sanitätern und Helfern humanitärer Organisationen und deren Fahrzeugen einzustellen, aufgrund derer sich die Zahl der unschuldigen Todesopfer auf Seiten der Palästinenser dramatisch erhöht;
 - 2. verurteilt mit Nachdruck alle Gewaltakte gegen das israelische Volk, und fordert Präsident Arafat und die palästinensischen Behörden auf, alles in ihrer Möglichkeit Stehende zu tun, um die Gewaltakte unverzüglich zu beenden, die Täter vor Gericht zu bringen und jedwede direkte oder indirekte Unterstützung des Terrors einzustellen;
 - 3. fordert den israelischen Premierminister mit Nachdruck auf, den Hausarrest für Arafat aufzuheben, um seine demütigende Isolierung zu beenden und ihm zu ermöglichen, seine Aufgaben als demokratisch gewählter Präsident der Palästinensischen Nationalbehörde uneingeschränkt wahrzunehmen;
 - 4. dringt in diesem Zusammenhang mit Nachdruck darauf, dass der Rat das Assoziationsabkommen mit Israel unverzüglich aussetzt;
 - 5. fordert den Rat mit Nachdruck auf, eine gemeinsame Aktion zu Waffenverkäufen anzunehmen und ein Embargo gegen den Export von EU-Waffen an Israel zu verhängen;
 - 6. fordert den Rat auf, dem UN-Sicherheitsrat Truppen zur Verfügung zu stellen, die Teil einer UN-Schutztruppe im Nahen Osten sein sollten, mit dem Ziel, einen Waffenstillstand durchzusetzen, die Spannung zu entschärfen und die Zivilbevölkerung zu schützen;
 - 7. fordert den Rat und die Mitgliedstaaten auf, mit den Vorbereitungen einer Mission von EU-Beobachtern, der auch Mitglieder des Europäischen Parlaments angehören sollten, zu beginnen, um die Lage vor Ort zu beobachten, und fordert beide Seiten mit Nachdruck auf, einer solchen Initiative zuzustimmen;

8. fordert die Kommission nachdrücklich auf, ihre Bemühungen um die Bereitstellung aller notwendigen humanitären Hilfe für die Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu verstärken;
9. begrüßt die Verabschiedung der Resolution 1397 des UN-Sicherheitsrates, in der die sofortige Einstellung aller Gewaltakte gefordert wird, bekräftigt die Vision einer Region, in der zwei Staaten, Israel und Palästina, Seite an Seite innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen existieren, und fordert beide Seiten auf, die Verhandlungen über eine politische Beilegung auf der Grundlage des Mitchell-Berichts und des Tenet-Arbeitsplans wiederaufzunehmen;
10. begrüßt ebenso die Resolutionen 1402 und 1403 des UN-Sicherheitsrates, in denen der sofortige Rückzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten gefordert wird, und fordert deren umgehende Umsetzung;
11. ist der Auffassung, dass die bevorstehende Mission des US-Außenministers nur dann Erfolg haben wird, wenn seine diplomatischen Bemühungen wirksam mit denen der EU und Russland koordiniert werden, wobei auch die Vereinten Nationen umfassend beteiligt werden müssen, damit sie auf beide Seiten möglichst starken Druck ausüben;
12. erklärt seine Solidarität mit den jüdischen Gemeinden, auf die antisemitische Überfälle verübt wurden, und fordert die Behörden der Mitgliedstaaten auf, sofort auf solche Überfälle zu reagieren;
13. bringt seine uneingeschränkte Solidarität mit den Reservisten der israelischen Armee zum Ausdruck, die sich weigern, ihren Dienst in den besetzten Gebieten zu versehen, und bedauert es, dass der Rat ihre breit angelegte soziale Kampagne nicht unterstützt hat, für ihre Petition mehr Unterschriften zu sammeln; ist der Auffassung, dass Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen sowie andere Friedensinitiativen an der Basis und auf internationaler Ebene konkrete Möglichkeiten sind, der Gewalt Einhalt zu gebieten, und dass ziviler Ungehorsam dazu beiträgt, dem Frieden den Weg zu ebnen;
14. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat, der Kommission, der Regierung und dem Parlament Israels, dem Präsidenten der palästinensischen Nationalbehörde und dem palästinensischen Legislativrat sowie dem UN-Generalsekretär zu übermitteln.